

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 13. Mai 2004 um 18.10 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadtrat Straßberger (ab Ziffer 1)
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeisterin Gold
Stadträtin Heisel (ab Ziffer 4)
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Mahlmeister

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat May (ab Ziffer 4)
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Dipl.-Ing. Lepelmann
Frau Tüchert (Landratsamt Kitzingen; Ziffer 5)
Herr Scheller (Landratsamt Kitzingen; Ziffer 5)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Baier
 Stadträtin Dr. Endres-Paul
 Stadtrat Heisel
 Stadtrat Dr. Kröckel
 Stadtrat Lorenz
 Stadträtin Stocker

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Budgetabrechnung der Städtischen Tourist-Information für das Haushaltsjahr 2003 und Abzug des Fehlbetrages vom Budget für 2004

- Ohne Abstimmung -

Vom Ergebnis der Abrechnung des Budgets „Fremdenverkehr“ (UA 7901) wird Kenntnis genommen.

Der entstandene Fehlbetrag im Budget der Tourist-Information im Haushaltsjahr 2003 wird auf das Haushaltsjahr 2004 übertragen. Die fehlenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2004 bei folgender Haushaltsstelle berücksichtigt:

0.7901.6329	Werbeausgaben	1.301,60 €
-------------	---------------	------------

2. Abrechnung der Teilbudgets des Sachaufwandes der Schulen in städtischer Sachaufwandsträgerschaft für das Haushaltsjahr 2003

- Ohne Abstimmung -

Die entstandenen Fehlbeträge bzw. 80 % der nicht verbrauchten Mittel aus den Budgets 2003 für den schulischen Sachaufwand werden auf das Haushaltsjahr 2004 übertragen. Die zu übertragenden Mittel werden im Verwaltungshaushalt 2004 bei folgenden Haushaltsstellen berücksichtigt:

1) HSt. 0.2111.5770	Staatlich geförderte Lernmittel	+ 899,46 €
2) HSt. 0.2112.5271	Schulausstattung Beschaffung	- 200,00 €
HSt. 0.2112.5273	Schulausstattung Instandhaltung	- 300,00 €
HSt. 0.2112.5720	Lernmittel (Arbeitsblätter)	- 1.404,77 €
HSt. 0.2112.5750	Schreibmaterial für Lehrkräfte	- 210,00 €
HSt. 0.2112.6589	Sonst. Geschäftsausgaben	- 300,00 €
3) HSt. 0.2121.5273	Schulausstattung Instandhaltung	- 2.000,00 €
HSt. 0.2121.5719	Sonst. Lehr- u. Unterrichtsmittel	- 500,00 €
HSt. 0.2121.6589	Sonst. Geschäftsausgaben	- 500,00 €
HSt. 0.2121.6387	Kosten der freiw. Schülerbeförd.	- 346,77 €
4) HSt. 0.2122.5273	Schulausstattung Instandhaltung	- 224,65 €
5) HSt. 0.2431.5273	Schulausstattung Instandhaltung	- 464,93 €

3. Übertragung der nicht verbrauchten Haushaltsmittel 2003 auf die Budgets der Jugendpflege in 2004

- Ohne Abstimmung –

1. Vom Ergebnis der Abrechnung der Budgets Jugendpflege, Zentrale Anlaufstelle und Dezentrale Treffs (Unterabschnitte 4050, 4606, 4609) wird Kenntnis genommen.
2. Die nicht verbrauchten Mittel aus dem Bereich der Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2003 werden auf die Budgets der Jugendarbeit im Haushaltsjahr 2004 übertragen. Die zu übertragenden Mittel werden im Haushalt 2004 bei folgenden Haushaltsstellen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt berücksichtigt:

0.4050.6319	Veranstaltungen Jugendarbeit (Jugendpflege / Netzwerkarbeit / einschl. Etat für Förderung von Mitbestimmung)	80%	12.154,95 €
0.4606.6316	Veranstaltungen Anlaufstelle	80%	5.267,59 €
0.4609.6316	Veranstaltungen Dezentrale Treffs	80%	5.066,66 €
0.4609.6790	Bauhofleistungen Dezentrale Treffs	80 %	2.000,00 €
1.4609.9320	Maßnahme Dezentrale Treffs	80%	2.000,00 €

4. Erschließung des Gewerbegebietes Großlangheimer Straße Nord hier: Auftragsvergabe für die Planungsleistungen

- A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß führt den Sachverhalt aus und weist u.a. darauf hin, dass das Ing.Büro zugesichert hat, die Leistung innerhalb einer Frist von 10 Wochen zu erbringen.
Daraufhin rät Stadtrat Weiglein, diese Frist vertraglich festzuhalten.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß erinnert aber daran, dass die Stadt Kitzingen momentan keine formalrechtlichen Aufträge erteilen kann, da der Haushalt noch nicht genehmigt ist.
Oberbürgermeister Moser schlägt vor, ab der Auftragsvergabe eine Frist von 8 Wochen zu setzen.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt zu, dem Ing. Büro die Entscheidung des Stadtrates mitzuteilen, einen formellen Auftrag aber erst zu erteilen, wenn auch der Haushalt genehmigt ist.
Oberbürgermeister Moser regt noch an, eine allgemeine Klausel bezüglich Konventionalstrafe einzubauen.

B) – Mit 24 : 1 Stimme –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Das Ingenieurbüro Maier erhält den Auftrag für die Planungsleistungen der Objektplanung für Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen gemäß § 55 HOAI Leistungsphase 1 – 3 zum Angebotspreis von vorläufig 55.466,95 € incl. 16 % MWSt. gemäß Angebot vom 16.02.2004.
Die Leistung ist 8 Wochen ab Auftragsvergabe zu erbringen. Dies sowie eine Klausel bezüglich Konventionalstrafen ist vertraglich festzuhalten.

5. Vollzug des Bayer. Straßen- und Wegegesetzes;
Umstufung einer Teilstrecke der KT 9; Beschluss

A) Eingangs weist Oberbürgermeister Moser nochmals darauf hin, dass der Landkreis aufgrund seiner durchgeführten regelmäßigen Brückenprüfungen auf der rechtlich sicheren Seite steht. Er weist auch auf die nochmalige Stellungnahme der Regierung von Unterfranken, Herrn Jägerhuber, hin.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. -gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Weiglein hat erhebliche Bedenken, das Angebot des Landkreises anzunehmen. Die CSU ist der Auffassung, dass der Landkreis seiner Aufgabe, der regelmäßigen Instandhaltung der Alten Mainbrücke, nicht ordnungsgemäß nachgekommen ist. Die CSU stellt daher den Antrag, keine Umstufungsvereinbarung abzuschließen und das Ing.Büro Seib Consult zu beauftragen, festzustellen, welcher Aufwand nötig ist, um die Schäden aufgrund der mangelnden Instandhaltungsarbeiten zu beseitigen. Sollte das Ing. Büro nicht in der Lage sein, dies zu tun, soll die Landesgewerbeaufsicht beauftragt werden. Die CSU ist der Meinung, dass das Angebot des Landkreises in Höhe von 88.000 € zu niedrig ist. Des weiteren stellt die CSU-Fraktion den Antrag, dem Oberbürgermeister eine Missbilligung auszusprechen und begründet dies mit dem Schreiben des Oberbürgermeisters an Herrn Jägerhuber, Regierung von Unterfranken. Die CSU ist der Meinung, dass der Oberbürgermeister die Interessen der Stadt Kitzingen nicht richtig vertreten hat. Oberbürgermeister Moser erwidert direkt, dass in den Gesprächen zwischen der Regierung von Unterfranken, dem Landkreis und der Stadt Kitzingen immer wieder deutlich gemacht worden ist, dass die notwendigen Arbeiten immer ordnungsgemäß durchgeführt worden sind.

Frau Tüchert, Landkreis Kitzingen, betont an dieser Stelle noch einmal, dass es sich um ein sehr gutes Angebot des Landkreises handelt und beteuert nochmals den ordnungsgemäßen Zustand der Alten Mainbrücke. Sie erinnert auch daran, dass der Landkreis bereits vor Jahren den Straßenbelag erneuern wollte, dies aber vom Stadtrat der Stadt Kitzingen abgelehnt worden ist, mit der Begründung, dass die Brücke zu lange geschlossen werden müsste.

Herr Scheller, Landkreis Kitzingen, verstärkt diese Aussage.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD sieht sich momentan nicht im Stande eine Stellungnahme abzugeben, da es noch zu viele Unklarheiten gibt.

C) Aufgrund der entstehenden, teilweise sehr heftigen Diskussion, stellt Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel fest, dass der Unterhalt von Gesetzeswegen durch den Landkreis erfüllt worden ist. Er stellt auch klar, dass bei Brückenbauwerken die Stadt Kitzingen als Baulastträger immer mit verantwortlich ist und sich bei allen Unterhaltsleistungen mit beteiligen müsste, was aber vom Landkreis nie eingefordert worden ist. Er betont auch, dass bei einer Ablehnung der Umstufung durch die Stadt Kitzingen die Regierung von Unterfranken eingeschaltet und diese den Sachverhalt überprüfen wird. Die Regierung werde dann zu der Erkenntnis kommen, dass alles in ordnungsgemäßen Zustand ist und eine aufsichtliche Umstufung vornehmen. Eine Umstufung wird dann trotzdem erfolgen.

Nach einer weiteren eingehenden Diskussion wird der Antrag auf Beendigung der Diskussion gestellt.

D) – **Mit 23 : 1 Stimme** –

Der Antrag auf Beendigung der Diskussion wird angenommen.

- E) Stadtrat Müller erinnert an das Angebot des Landkreises vor einigen Jahren in Höhe von 500.000 DM, welches aber seitens der Stadt abgelehnt worden ist. Er will nochmals die rechtliche Konsequenz wissen, wenn die Stadt Kitzingen auch diesmal das Angebot des Landkreises ablehnt.
Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erinnert an seinen vorherigen Hinweis bezüglich der aufsichtlichen Umstufung durch die Regierung von Unterfranken. Das Angebot des Landkreises in Höhe von 88.000 € deckt die notwendige Fahrbahnsanierung (25.000 €) ab. Sollte die Stadt die Umstufung und das Angebot des Landkreises ablehnen und die Regierung von Unterfranken daraufhin zurecht die Alte Mainbrücke zu einer Ortsstraße abstufen, wird der Landkreis wohl kaum mehr Mittel der Stadt Kitzingen zur Verfügung stellen.
2. Bgmin. Gold sieht mittlerweile ebenfalls die notwendigen Arbeiten des Landkreises als erfüllt an und kann der Umstufung zustimmen.
- F) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:
- a) SPD-Stadtratsfraktion:
 Die SPD stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.
 - b) UsW-Stadtratsfraktion:
 Innerhalb der UsW-Stadtratsfraktion herrscht unterschiedliche Meinung. Stadtrat Müller schließt sich den Äußerungen der CSU-Fraktion an. Er ist ebenfalls der Auffassung, dass noch einmal mit dem Landkreis verhandelt werden sollte.
 - c) FBW-Stadtratsgruppe:
 Die FBW sieht die Umstufung als sehr wichtig an, vor allem im Hinblick auf die Dorferneuerung in Etwashausen. Die FBW stimmt der Umstufung zu, regt aber trotzdem an, nochmals mit dem Landkreis zu verhandeln.
 - d) KIK-Stadtratsgruppe:
 Die KIK kann dem Vorschlag der Verwaltung nicht zustimmen, sprechen sich aber generell für die Umstufung aus. Auch sie besteht auf neue Verhandlungen.
 - e) ÖDP-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt stimmt der Verwaltung zu.
- G) Stadtrat Weiglein geht auf § 5 Abs. 2 der Umstufungsvereinbarung ein. Er bittet darum, diesen Abschnitt zu streichen und erneut darüber zu verhandeln.
Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel hingegen schlägt folgende Ergänzung vor: „...über mindestens 88.000 €. Über einen höheren Abfindungsbetrag ist erneut zu verhandeln.“

H) – Mit 25 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Mit der Umstufung der KT 9 vom Gustav-Adolf-Platz bis zur Einmündung der Schwarzacher Straße in die Nordtangente besteht Einverständnis.
3. Die Zustimmung zur Umstufung der KT 9 zum 01.07.2004 wird von folgenden Punkten abhängig gemacht (Schreiben des Landratsamtes Kitzingen vom 21.04.2004) und ist in die Umstufungsvereinbarung aufzunehmen:
 - 3.1 Ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht stellt der Landkreis der Stadt mindestens den Haushaltsausgaberest von 88.528,18 € zur Verfügung.
 - 3.2 Die vorliegende Umstufungsvereinbarung wird in § 5 Abs. 2 wie folgt ergänzt: „... über mindestens 88.528,18 €. Über einen höheren Abfindungsbetrag ist erneut zu verhandeln.“
 - 3.3 Die Planunterlagen für das Sanierungsmodell Alte Mainbrücke werden der Stadt unentgeltlich überlassen.

Zusatz:

Die Stadt Kitzingen geht davon aus, dass ein möglicherweise notwendiger Anprallschutz der Alten Mainbrücke für die Mainschifffahrt nicht zu Lasten des Sachaufwands-trägers geht.

- I) Stadtrat Dr. Küntzer erinnert noch an den Antrag der CSU-Fraktion auf Missbilligung des Oberbürgermeisters.

J) - Mit 14 : 10 Stimmen –

Der Stadtrat spricht dem Oberbürgermeister eine Missbilligung aus aufgrund des Schreibens vom 03.05.2004.

Der Oberbürgermeister ist von der Beschlussfassung ausgeschlossen.

6. Dorferneuerung Etwashausen

DE-Maßnahmen • Balthasar-Neumann Straße
 • Mainbernheimer Straße
 • Schwarzacher Straße

A) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU erwartet von der Verwaltung, dass die einzelnen Maßnahmen noch besser erläutert werden. Sie wollen, dass eine Bürgerversammlung diesbezüglich abgehalten wird. Grundsätzlich sprechen sie sich aber für die Dorferneuerungsmaßnahmen aus.

Dipl.-Ing. Lepelmann kann den Wunsch einer nochmaligen ausführlichen Unterrichtung der Bevölkerung nicht nachvollziehen. Er betont, dass immer wieder ausführlich die Planungen vorgestellt und sogar die einzelnen Wünsche der Anwohner abgefragt worden sind. Er weist auch darauf hin, dass die DLE immer wieder nach dem Beschluss im Stadtrat fragt, um weiter verfahren zu können.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD stimmt zu, befürwortet aber ebenfalls, nochmals auf die Bürger zuzugehen und die Details zu besprechen.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW stimmt zu, spricht sich aber auch dafür aus, noch einmal rechtzeitig auf die Bürger zuzugehen, wenn es um die einzelnen Maßnahmen geht.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW stimmt zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Auch die KIK gibt ihre Zustimmung. Sie bittet darum, bei der Ausführung sparsam umzugehen.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt ebenfalls zu.

B) Stadtrat May bittet noch darum, in der geplanten Bürgerversammlung auch Zahlen zu nennen, damit die Bürger wissen, was auf sie zukommt.

C) – Mit 24 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen, insbesondere von der Tatsache, dass die Dorferneuerung nur Gemeindestraßen fördern kann. (Die weiteren Entscheidungen setzen eine Regelung der Kreisstraßenfrage voraus!).
2. Vom mündlichen Vortrag des Büros Müller-Maatsch zum Ausbaukonzept „Schwarzacher Straße“ wird Kenntnis genommen (s. Anlage 1). Mit dem Inhalt besteht Einverständnis.
3. Weiterhin besteht grundsätzlich Einverständnis mit den bereits vorgelegten Ausbaukonzepten für
 - Mainbernheimer Straße
 - Balthasar-Neumann-Straße
4. Die Stadt erhebt für die 3 Maßnahmen satzungsgemäß Beiträge (s. Sachvortrag).
5. Unter der Voraussetzung der max. Gesamtkosten-Summe von

2,3 Mio. €

und einer Beteiligung der Direktion für Ländliche Entwicklung (DLE) in Höhe von mind. 55 % (von 2,3 Mio €) besteht grundsätzliches Einverständnis zur Durchführung der o.a. DE-Maßnahmen.

6. Es besteht ferner grundsätzliches Einverständnis zum Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung mit der DLE über alle 3 Maßnahmen, wobei der Durchführungszeitraum 2005 und 2006 umfassen soll.

7. Einrichtung eines Jugendstadtrates in der Stadt Kitzingen

Oberbürgermeister Moser schlägt vor, den TOP „Jugendstadtrat“ vorzuziehen, da die Stadtjugendpflegerin, Frau Elzenbeck, anwesend ist.

Stadträtin Wallrapp hält dies allerdings nicht für sinnvoll, da es noch Diskussionsbedarf gibt.

Aufgrund dessen schlägt Oberbürgermeister Moser vor, diese Angelegenheit in den nächsten Sitzungsturnus aufzunehmen.

Stadtrat Dr. Küntzer und auch die restlichen Stadtratsmitglieder sind damit einverstanden.

8. Verkehrsuntersuchung Fischergasse

A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß erläutert den Sachverhalt. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung die Alternative 2 befürwortet.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu. Die CSU regt aber noch an, das Abbiegen in den Hindenburgring in Richtung stadtauswärts fahrend nicht zuzulassen.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD wird unterschiedlich abstimmen.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Müller will zunächst wissen, ob die Anlieger an einer Umfrage beteiligt worden sind oder ob man bei der Verwaltung von einer Einzelmeinung ausgegangen ist.

Oberbürgermeister Moser stellt fest, dass man es nicht allen Anwohnern Recht machen kann und immer eine Abwägung vorgenommen werden muss.

Stadtrat Müller will noch wissen, ob die Anwohner des Mainkais Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen haben.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erklärt, dass die Anwohner dort berechnigte Ansprüche auf Lärmschutzmaßnahmen haben.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW spricht sich für die Alternative 2 aus.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK möchte es so belassen, wie bisher zusätzlich soll das Rechtsabbiegen von der Mainstockheimer Straße aus in den Hindenburgring Nord zugelassen werden (neue Alternative E).

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt spricht sich für Alternative 1 aus, kann aber auch dem Vorschlag der KIK folgen.

C) Stadtrat Schardt hält es für sinnvoll, bei der 2-spurigen Lösung in der Fischergasse Engstellen zu schaffen, um ein schnelles Durchfahren nicht zu ermöglichen. Er bittet um Klärung.

D) – **Mit 7 : 17 Stimmen –**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Verkehr im Bereich Fischergasse / Oberer Mainkai / Hindenburgring Nord soll zukünftig wie folgt geführt werden:

gemäß **Fall 1** des Sachvortrages

Die Fischergasse Süd wird wieder in beiden Richtungen geöffnet. Der Hindenburgring Nord bleibt Einbahnstraße in Richtung Fischergasse

E) – Mit 18 : 6 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verkehr im Bereich Fischergasse / Oberer Mainkai / Hindenburgring Nord soll zukünftig wie folgt geführt werden:

gemäß **Fall 2** des Sachvortrages

Die Fischergasse Süd wird wieder in beiden Richtungen geöffnet. Zusätzlich wird das Rechtseinbiegen von der Mainstockheimer Straße zum Hindenburgring zugelassen.

9. B-Plan Nr. 84 „Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord“ mit Grünordnungsplan (GOP) / Ausgleichsbebauungsplan
Billigung des Planentwurfs / Verfahrensbeschluss

- A) Dipl.-Ing. Lepelmann erinnert an die vergangene Finanzausschusssitzung, in der verschiedene Vorschläge gemacht und seitens der Verwaltung auch eingearbeitet worden sind. Er geht im Einzelnen auf die gewünschten Änderungen ein.

Stadtrat Schardt, Stadtentwicklungsreferent, stimmt zu.

Stadtrat Müller, Gewerbe- und Industriereferent, ist noch immer der Meinung, dass zu viele Grünflächen eingeplant worden sind.

Dipl.-Ing. Lepelmann erwidert, dass arc.grün dies im Hinblick auf die Kleine Gartenschau so geplant hat.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Die SPD gibt ebenfalls ihre Zustimmung.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW stimmt zu.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Die FBW gibt ihre Zustimmung.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK stimmt grundsätzlich zu, wünscht sich aber mehr Ausgleichsflächen.

- f) ÖDP-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt stimmt auch zu.

C) – Mit 24 : 0 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Der B-Plan Nr. 84 „Gewerbegebiet Großlangheimer Straße Nord“ mit Begründung i. d. F. v. 17.04.2004 sowie der Gründungsplan (GOP) mit Begründung i. d. F. v. 23.04.2004 und die sonstigen Bestandteile – siehe Sachvortrag – werden gebilligt und zur Grundlage des Aufstellungsverfahrens gemacht.

Die Verwaltung wird – vorbehaltlich anderer Erkenntnisse aus der „vorgezogenen Bürgerbeteiligung“ sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit folgender Überprüfung beauftragt:

1. Erschließung
 - Straßenbau
ST 2271 / ST 2272
 - Weitere Verknüpfungsvarianten:
 - Kreisverkehr
 - Kreuzung
 - Straßenbau Baugebiet
 - Verringerte Standards
Straßenbreiten / Parkstreifen / Gehwege
 - Zurückstellung Rückbau ST 2272 „alt“
 2. Grünordnung
 - Ausgleichsflächen
 - Private Trägerschaft statt öffentlich
 - Überprüfung Renaturierungsumfang
 - Ausstattung
 - Geringe Standards
 - Geringere Flächenanteile
 - Auflockerung entlang Staatsstraßen
 3. Grundstücke
 - Verfügbarkeit
 - Eigentumsverhältnisse Ostteil
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahrensschritte „Vorgezogene Bürgerbeteiligung“ sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen und anschließend das Ergebnis dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen.

10. B-Plan Nr. 82 „Buddental-West“ mit Grünordnungsplan:
Billigung des Planentwurfs / Verfahrensbeschluss sowie Flächennutzungsplanänderung (FNP) Nr. 24 „Buddental-West“ mit Anpassung des Landschaftsplans (LP) im gleichen Bereich (Parallelverfahren)

- A) Dipl.-Ing. Lepelmann erläutert den Sachverhalt. Er teilt u.a. mit, dass eine maximale Wandhöhe von 5 m vorgeschrieben werden wird. Bei einer Dachneigung bis 38° sollte ein höherer Kniestock erforderlich werden.
Stadtrat Schardt, Stadtentwicklungsreferent, stimmt der Planung zu.

B) Stellungnahmen der Stadtratsfraktionen bzw. –gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:

Die CSU stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu.

b) SPD-Stadtratsfraktion:

Auch die SPD gibt ihre Zustimmung.

c) UsW-Stadtratsfraktion:

Die UsW stimmt ebenfalls dem Vorschlag der Verwaltung zu.

d) FBW-Stadtratsgruppe:

Auch die FBW stimmt zu.

e) KIK-Stadtratsgruppe:

Die KIK stimmt zu.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt stimmt auch zu.

C) – **Mit 24 : 0 Stimmen** –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Der B-Plan Nr. 82 „Buddental-West“ i. d. F. v. 22.04.2004 mit Begründung sowie der Grünordnungsplan (GOP) mit Begründung i. d. F. v. 27.04.2004 werden gebilligt und zur Grundlage des Aufstellungsverfahrens gemacht.
3. Parallel dazu wird das Änderungsverfahren Nr. 24 des rechtskräftigen Flächennutzungsplans (FNP) vom 31.10.1986 sowie des Landschaftsplans (LP) i. d. F. v. März 1980 im Geltungsbereich durchgeführt (gem. § 8 Abs. 3 BauGB). Grundlage bildet die Planfassung vom 27.04.2004 mit Erläuterungsbericht.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahrensschritte „Vorgezogene Bürgerbeteiligung“ sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen und anschließend dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen.

11. Information von Oberbürgermeister Moser:
Beschwerde in der Bürgerversammlung in Hoheim

Oberbürgermeister Moser erinnert an die Bürgerversammlung in Hoheim, in der der Vorwurf gemacht worden ist, die Stadt hätte bezüglich eines entstehenden Baugebietes eine falsche Auskunft gegeben zu haben.

Oberbürgermeister Moser berichtet, dass der betroffene Grundstückseigner im Herbst 2003 an die Stadt Kitzingen herangetreten ist und ein Grundstück in dem besagten Bereich zum Verkauf angeboten hat. Zu diesem Zeitpunkt ist seitens der Verwaltung keine Planung bezüglich eines möglichen Baugebietes vorgesehen gewesen, so dass die Verwaltung den Erwerb des Grundstückes abgelehnt hat. Zur Verwaltungs- und Bauausschusssitzung am 20.01.2004 ist dann der Antrag auf Neubau eines Einfamilienhauses gestellt worden, der – trotz Hinweis der Verwaltung auf Außenbereich – mehrheitlich angenommen worden ist. Im darauffolgenden Stadtentwicklungsbeirat ist darüber nochmals diskutiert und auch beschlossen worden, noch mehr Flächen hinzuzuziehen. Zu diesem Zeitpunkt allerdings war das Grundstück des betroffenen Eigentümers bereits anderweitig veräußert.

Stadträtin Wallrapp weiß allerdings zu berichten, dass die Eigentümer im Februar 2004 nochmals in der Liegenschaftsverwaltung vorgesprochen und sich erkundigt haben, ob diese Fläche nun als Bauland ausgewiesen wird oder nicht.

Oberbürgermeister Moser wiederholt, dass zu diesem Zeitpunkt das Grundstück aber schon veräußert gewesen ist.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 21.20 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose